

№ 4.
Donnerstag,
den 8. Januar 1903.
Inserationsgebühr
Annoncenzeile oder deren
Raum 10 Pfg. Reklame et
oder deren Raum 25 Pfg.
Erscheint jeden
Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend.

Camerer Zeitung

Volksfreund für Camen und Umgegend.

Expedition von J. Brombach in Camen.

Camen.
31. Jahrgang.
Abonnementspreis
für diese 3mal wöchentlich
erscheinende Zeitung mit
der illustrierten Beilage „Der
Zeitspiegel“ viertel-
jährlich 1 Mark
prämienlos.
Durch die Post bezogen
1 Mark 25 Pfg.
Einzeln Nummer 10 Pfg.

Erstes Blatt.

Aus den neuen Reichs- Etats.

Aus dem neuen Reichshaushalts-
etat veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“
Mitteilungen aus dem Marineetat, dem
Militäretat, den Etats des Reichs-
schatzamts, des Allgemeinen Pensions-
fonds und des Reichsmilitärgerichts.

Im neuen Marineetat

Ist die Summe der fortdauernden Aus-
gaben um 6536 931 Mk. höher veranschlagt,
als im Vorjahre.

Von dieser Erhöhung entfallen 125 720
Mark auf das Reichs-Marine-Min., und
das Marinekabinett, 1482 873 Mk. auf die
Geldverpflegung der Marine, 1933 143
Mark auf Indiensthaltung. Die Zentralver-
waltung für das Schutzgebiet Kiautschou
erfordert an fortdauernden Ausgaben ein
Mehr von 17 722 Mark.

Die Vermehrung des Personals
der Marine beträgt wie in den beiden Vor-
jahren etwa ein Viertel mehr als die Durch-
schnittsquote. Außerdem wird ein Zugang von
120 Köpfen für die in der Marine neu einge-
führte Funkentelegraphie gefordert.
Es werden neu gefordert 115 Seesoffiziersstellen,
an Unteroffizieren und Mannschaften 2033
Mann.

Neu gefordert werden zwei Betriebs-
direktoren für Schiffsbau und Maschinen-
bau zur Entlastung der Ressortdirektoren bei
der Danziger Werft. Ebenso sollen
die Hafendirektoren bei den Werften
zu Wilhelmshaven und Kiel durch
je einen zweiten Betriebsdirektor entlastet wer-
den. Beim Küsten- und Vermessungswesen
werden die Betriebs- und Unterhaltungskosten
für bei 6 Küstenwachstationen der
Nordsee und 3 Küstenwachstationen
der Ostsee errichtete Funkentelegraphensta-
tionen in Höhe von 7500 Mk. gefordert.

Unter den einmaligen Ausgaben
erscheinen die gleichmäßigen Raten für den
Neubau und Umbau der bewilligten Kriegss-
chiffe. Die Summe der Forderungen
für Schiffsbauten beläuft sich demnach auf
74 375 000 Mark gegen 75 166 000 Mark im
Etat für 1902.

Die Summe der artilleristischen Armierun-
gen beläuft sich auf 26 056 000 Mark. Die für
Torpedoarmerungen auf 4 230 000 Mark.
Für Schiffsbauten und Armierungen zusammen
werden 104 661 000 Mk. gefordert.

Der außerordentliche Etat er-
fordert für Hafen- und Hochbauten 11 Millio-
nen Mark mehr, darunter 250 000 Mark als
erste Rate für ein drittes Trockendock in Wil-
helmshaven, 1 000 000 Mk. als erste Rate für
neue Liegeplätze in Wilhelmshaven am Ems-
Jahlanal, 300 000 Mk. als erste Rate für
ein Schwimmboot für Torpedoboote in Kiel,
650 000 Mk. als erste Rate für den Ausbau
der Danziger Werft, 6 020 000 Mk. zum An-
kauf von Grundstücken für den Bau eines neuen
Dienstgebäudes für das Reichs-Marineamt.

Der Militäretat

weist für das preussische Kontingent an or-
dentlichen Einnahmen ein Mehr von
1408 135 Mk., an außerordentlichen
Bedungsmitteln (Erlösen aus dem Ver-
kauf von frei werdenden Festungsgrundstücken
und Festungsbaulichkeiten) ein Mehr von
309 773 Mk. auf. Die fortdauernden
Ausgaben sind um 5 451 700 Mk. höher,
die einmaligen Ausgaben des ordentlichen
Etats um 5 868 379 Mk. geringer.

Ueber die Errichtung eines Regiments
Jäger zu Pferde und 4 neue Fußartil-
lerie-Kompagnien heißt es: „Die aus-
dem Mangel an Kavallerie bei einzel-
nen Verbänden sich ergebenden Mängel für
Krieg und Frieden machen eine Abhilfe un-
bedingt notwendig. Um durch allmähliche Zu-
ammenfassung der vorhandenen Eskadrons
Jäger zu Pferde den dringendsten Not-
stand zu beseitigen, soll aus den 5 Eskadrons
in Posen vom 1. April 1903 ab ein Regi-
ment und aus den Eskadrons Nr. 1 und 17
vom 1. Oktober 1903 ab ein Detachement
— unter einem Stabsoffizier — in Graun-
denz nach dem Vorbilde des am 1. Oktober
1900 geschaffenen Detachements in Langen-
salza gebildet werden. Der Offiziersetat und
die Kommandos für Reiterregimente regeln sich bei
dem Regiment Jäger zu Pferde wie bei den
anderen Kavallerie-Regimenten. Die Er-

richtung von 4 Fußartillerie-Kom-
pagnien (vom 1. Oktober 1903 ab) hat sich
infolge des weiteren Ausbaues des Landes-
verteidigungssystems als unaufschiebbar er-
wiesen. Durch die Einführung des Betriebes
mit Zivildienstvertern bei den Befleischungs-
tern des Garde- und 15. Armeekorps wird die
für diese Kompagnien und eine geringe Ver-
stärkung bei den Bezirkskommandos und dem
Militär-Reitersinstitut erforderliche Mannschafts-
zahl verfügbar gemacht.

Für Errichtung einer militärtechni-
schen Hochschule ist dem Etat eine Denks-
schrift beigegeben. Der neue Etat enthält hier-
für eine Forderung von 103 000 Mk.

Für Kasernenbauten u. werden
10 640 230 Mk. verlangt.

Im außerordentlichen Etat wer-
den 23 246 900 Mk. gefordert.

Beim Etat für das

Reichsschatzamt

sind die fortdauernden Ausgaben um
15 529 400 Mk. geringer, die einmaligen Aus-
gaben um 13 700 Mk. geringer veranschlagt.
Der Etat über den allgemeinen

Pensionsfonds

weist an fortdauernden Ausgaben in der Ver-
waltung des Reichsheeres 62 720 525 Mark
auf (mehr 2 111 530 Mk.). Unter anderem
sind 90 000 Mk. (mehr 40 000 Mk.) zu Bei-
schüssen für ehemalige französische Militärper-
sonen und deren Hinterbliebene eingelegt. Die
Gesamtausgaben belaufen sich demnach auf
69 685 240 Mk. (mehr 2 780 823 Mk.).

Das

Reichs-Militärgericht

erfordert an fortdauernden Ausgaben 518 700
Mark (mehr 21 026) abzüglich der von Bah-
ern allein zu tragenden Kosten für den baye-
rischen Senat. Ein Teil des Mehrbedarfs ist
durch die Umwandlung der Stelle eines außer-
etatmäßigen militärischen Mitglieds in die
eines etatsmäßigen Mitglieds hervorgerufen.

Der Etat der

Reichspost- und Telegraphen- verwaltung

beeinträchtigt die Einnahmen um 15 590 970
Mark höher als im laufenden Rechnungsjahre.
Von dieser Erhöhung entfallen 15 Millionen
Mark auf die Einnahmen aus Porto- und Te-
legraphengebühren und 750 000 Mk. auf Ein-
nahmen aus den Zeitungen. Unter den fort-
dauernden Ausgaben wird in der Zentr-
alverwaltung neu geschaffen eine Stelle für
einen vortragenden Rat. Bei den Ober-
postdirektionen werden 7 neue Stellen
für Postärzte gefordert. Die Postinspek-
toren haben die Amtsbezeichnung Oberpost-
inspektoren erhalten; für sie werden 3 neue
Stellen verlangt. 13 Postämter 2. Klasse
sollen in folge 1. Klasse umgewandelt werden,
darunter das Postamt in Tsingtau. Die
Postanstalt in Swakopmund soll in ein
Postamt 2. Klasse umgewandelt werden. Neu
gefordert werden 39 Stellen für Kassierer,
50 für Ober-Sekretäre unter Einrichtung
von 50 Sekretärstellen; es gehen außerdem 24
freigewordene Sekretärstellen ab, die in Assi-
stentenstellen umgewandelt werden.

Im Bereich der Telegraphie sieht der
Etat für die Kolonien vor Forderungen für
eine Fernsprecheitung Tanga-Muhesa in
Deutsch-Ostafrika sowie für eine Telegraphen-
und Fernsprecheitung Duala-Ebea in Kamer-
un und Tsingtau-Kaumi. Für die
Ausgestaltung des Telephondienstes auf
dem flachen Land wird 1 Million Mark
gefordert.

Die einmaligen Ausgaben des or-
dentlichen Etats sind um 498 246 Mk. höher
veranschlagt als im laufenden Etat. An
ersten Raten werden zu Grundstücks-
erwerbungen und Neubauten u. a. ge-
fordert 70 000 Mk. für Barmen, 250 000 Mk.
für Kassel, 90 000 Mk. für Charlottenburg,
70 000 Mk. für Elberfeld, 80 000 Mk. für Röhren,
120 000 Mk. für Elberfeld, 75 000 Mk. für
Hörde, 180 000 Mk. für Leipzig, Augustus-
platz, 151 825 Mk. für Danabrück, 725 000
Mark für Wiesbaden, 450 000 Mk. für Leip-
zig, am künftigen Hauptbahnhof; an einma-
ligen Forderungen: 156 555 Mk. für Lipp-
stadt, 195 640 Mk. für Trier.

Als einmalige Ausgabe des außerordent-
lichen Etats werden 22 095 000 Mk. für Fern-
sprechzwecke verlangt.

Im Etat des

Reichsschatzamts des Innern

sind die Einnahmen des ordentlichen Etats um
826 395 Mk. höher angelegt. Ein um 80 000
Mark geringerer Ertrag wird infolge der wirt-

schäftlichen Stöckung vom Kaiser Wilhelm-
Kanal erwartet. Die fortdauernden
Ausgaben sind um 3 445 648 Mk. höher
veranschlagt. Die einmaligen Ausga-
ben im ordentlichen Etat sind um 8 363 980
Mark höher. Für den 9. internationalen Kon-
gress gegen den Alkoholismus wird ein
Beitrag von 10 000 Mk. gefordert. 1 500 000
Mark werden als erste Rate der auf 2 1/2 bis
3 Millionen veranschlagten Kosten der Beteil-
gung des Reiches an der Weltausstellung
in St. Louis verlangt.

Die marokkanische Frage.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Von den drei internationalen Fragen, die
wir aus dem Jahre 1902 in das Jahr 1903
übernommen haben, verursacht den Mächten
zur Zeit nur eine ernstere Sorgen, nämlich die
marokkanische Frage. Die venezolanische
Frage kann überhaupt nur als eine Frage
sekundären oder tertiären Ranges betrachtet
werden, da es sich hierbei nicht um inter-
nationale Machtfragen, sondern lediglich darum
handelt, einer der verloderten südamerikanis-
chen Republiken Achtung vor den Rechten Pri-
vater und vor dem Recht der Völker beizu-
bringen. Was es auch noch einige Zeit währen,
bis die venezolanische Affäre ihre befriedigende
Regelung, die vielleicht noch durch manche Win-
kelzüge des Präsidenten Castro verzögert werden
dürfte, finden wird, so war diese Regelung doch
von dem Augenblick an zweifellos, wo die nord-
amerikanische Republik ihren Willen dokumen-
tiert, nicht als ein Protektor südamerikanischer
Republiken in Anspruch genommen zu werden.

Ein etwas ernsteres Gesicht als die venezo-
lanische, weist die macedonische Frage
auf, doch sind auch hier zur Zeit internationale
Verwickelungen nicht zu fürchten. So wenig
Vertrauen man in die macedonischen Reformen
des Sultans setzen kann, und wie wahrscheinlich
es auch ist, daß die große Reformation sich
zum Schluß als eine Art „Reformkleid“ ent-
puppen wird, mit dem man die Blüten der
macedonischen Mischstände verhallen zu suchen
wird, so wirkt doch immerhin die durch die Reise
des Grafen Lamsdorff aufs Neue bekräftigte
Österreichisch-russische Uebereinstimmung über
diesen Teil der Balkanfragen dafür, daß die
macedonische Frage einen lokalen Charakter be-
halten wird.

Weit ernsterer Natur als die venezolanische
und auch die macedonische ist unverkennbar die
marokkanische Frage, da es sich bei die-
ser um eine internationale Machtfrage von ganz
hervorragender Bedeutung handelt. Die
marokkanische Frage ist alt, sehr alt. Es sind
mehr als vier Jahrhunderte verfloßen, seit der
letzte der Maurenkönige, Boabdil, dem Könige
Ferdinand von Aragonien den Schlüssel der Al-
hambra übergab und das Reich der Mauren
von Europa nach Afrika verlegte. Das Ende der
marokkanischen Frage in Europa bedeutete da-
mals den Anfang der marokkanischen Frage in
Afrika, und sie ist in diesen vier Jahrhunderten
in der That eigentlich niemals zur Ruhe ge-
kommen.

Ganz besonders hat sich die marokkanische
Frage unter dem jetzigen Sultan Abdul Asis
zugespitzt, der am 6. Juni 1894 seinem Vater
Muley Hassan unter Uebergebung seines älteren
Bruders Muley Mohammed in der Regierung
folgte und zur Zeit im 25. Lebensjahre steht.
Ist es in Marokko schon an sich üblich, daß
sich die einzelnen Stämme in gemessenen
Zwischenräumen mit Waffengewalt gegen den
jeweiligen Herrscher erheben, so hat sich diese
marokkanische Landesitte unter dem jungen Ab-
dul Asis zu einem förmlichen Sport entwickelt.
Zu der marokkanischen Landesitte der periodi-
schen Aufstände trat aber unter dem jetzigen
Herrscher in ganz besonders intensiver Bethäti-
gung noch ein zweiter Landesbruch, der der
Kronprinzenentstand. Da Marokko, wie alle
muselmännischen Staaten, keine feste Thron-
folgeordnung besitzt, so vermag ein Sieg in
der Feldschlacht eines solchen Prinzenentstandes
den Augen des Volkes leicht eine größere Legi-
timität zu verleihen als die Vorzüge der Geburt
und der Thronvererbung.

Der neueste Kronprinzentum Bu Hamara
wachte noch dazu nach berühmten historischen
Mustern den Kunstgriff an, sich für den ältesten
Sohn des früheren Sultans Muley Hassan, für
Muley Mohammed auszugeben, mit dem er
einige Ähnlichkeit besitzen soll. Bu Hamara
wachte aber noch andere Umstände für seine
Sache auszunutzen. Der junge, ziemlich mo-
dern geformte Abdul Asis hatte sich durch seine
nach abendländischem Muster durchgeführten
Reformen u. durch seine Freundschaftlichkeit

das Mißtrauen der glaubensstrengen Moslem
zugezogen, und diesen Umstand benutzte Bu
Hamara, indem er sich für den wahren Sohn
des Propheten ausgab und verhielt, daß er das
heilige Schwert des Mahdi aus der großen
Moschee in Fez herauszuholen werde, um den
„heiligen Krieg“ für den „orthodoxen Glauben“
zu führen. Die Nachrichten über den derzeit-
tigen Stand des inneren Krieges in Marokko
lauten so widerspruchsvoll und sind so unsicher,
daß sich kein sicheres Urteil über den vermut-
lichen Ausgang dieses Krieges fällen läßt.
Selbstverständlich läge es im Interesse der Kul-
tur und damit im Interesse der Mächte, daß
der reformfreundliche Sultan Sieger bliebe.
Ernstere Sorgen aber könnten die Vorgänge
in Marokko doch nur dann verursachen, wenn
die an Marokko besonders interessierten Mächte
Spanien, England und Frankreich die Gelegen-
heit benutzen würden, bei dieser Ge-
legenheit die marokkanische Frage im größeren
Stil aufzurollen, um sich das Sprungbrett für
ihre marokkanischen Pläne zu sichern. Diese
Gefahr kann jedoch als bedrohlich angesehen
werden, da gerade die gegenseitige Eifersucht
der Mächte sie zu der Annahme gezwungen
hat, den status quo in Marokko aufrecht zu
erhalten. Daß die marokkanische Frage schon
über vier Jahrhunderte alt ist, scheint uns die
beste Bürgschaft dafür zu sein, daß sie noch
lange „fraglich“ sein wird.

Der Konflikt mit Venezuela.

Von einer

Abdankung des Präsidenten Castro

Ist die Rede. Der „New York Herald“ meldet,
Sonnabend Abend sei eine chiffrierte Depesche
aus Venezuela eingegangen, die entweder be-
sage, daß Präsident Castro abgedankt
habe, oder, daß er im Begriff stehe, dies zu
thun. Die Depesche ist nicht deutlich genug,
um den Inhalt durchaus klar zu machen. Das
Wort giebt die Nachricht daher mit der erforder-
lichen Vorsicht wieder. „Reuters Bureau“ mel-
det dagegen vom Sonntag aus Caracas, Castro
habe in einer Unterredung erklärt, nicht ab-
danken zu wollen; der Zustand werde bei Nicht-
einnahme der fremden Mächte halb der Ver-
gangenheit angehören.

Ueber die

Landung von Truppen

meldet „Reuters Bureau“ vom Sonnabend aus

La Guayra:

Die deutschen Truppen nahmen Sonn-
abend früh, ohne auf Widerstand zu
stoßen, von dem Zollamt in Puerto Ca-
bello Besitz. Die Befehlshaber der verbün-
deten Truppen erklärten, daß die gelandeten
Mannschaften wieder eingeschifft werden, sobald
der Hafen von kleinen Schiffen geräumt sei;
diese Maßregel werde ergriffen, um die Blockade
wirksamer zu machen. Nach einer weiteren Nach-
richt haben die blockierenden Kriegsschiffe Sonn-
abend Vormittag alle venezolanischen Fahrzeuge
aus dem inneren Hafen fortgenommen. Während
dieser Maßregel waren Truppen an der Küste
gelandet worden. Es fiel kein Schuß und die
Besetzung war nur vorübergehend. Einem Tele-
gramm aus Port of Spain zufolge wird das
beschlagnahmte venezolanische Kriegsschiff „Zun-
bador“ sämtliche Waffen, 40 an Zahl nach
Port of Spain schleppen. Auf den Waffen
wurden zusammen 30 000 Dollars vorgefunden.

Nach einer amtlichen Meldung des
deutschen Oberbefehlshabers Sche-
der vom Sonntag aus Caracas sind am Sonn-
abend 15 größere venezolanische Segel-
schiffe in der Lagune von Puerto Cabello durch
die deutschen Streitkräfte genommen. Sie
werden durch „Stoß“ und „Reisruder“ nach
Los Roques geschleppt und dort bewacht werden.
Sonst hat sich nichts Neues in Puerto Cabello
ereignet.

Die Lage des Präsidenten Castro

gestaltet sich nach einer Mitteilung des amerika-
nischen Gesandten in Caracas, Mr. Bowen, an
das Staatsdepartement infolge der von den Auf-
ständischen unerwarteter Weise entwickelten
Stärke äußerst kritisch. Bowens Depesche be-
reichtigt, wie es in einer „Lassan“-Meldung heißt,
ohne es ausdrücklich zu sagen, zu dem Schlusse,
daß Präsident Castro genötigt sein werde,
zurückzutreten.

Andereorts meldet „Reuters Bureau“:
Etwa 1500 Aufständische unter Roos und
Penalosa, welche auf Caracas marschierten, wur-
den am Sonntag unweit Guatiera von Regie-
rungstruppen geschlagen.

Landes-Verein preussischer Volksschul-Lehrerinnen.

Der Landesverein preussischer Volksschul-Lehrerinnen hielt am Samstag in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung ab, um zum Lehrerbeförderungsgesetz Stellung zu nehmen. Die Reformbedürftigkeit des Gesetzes erläuterte Fräulein Wischniewska-Spandau, die feststellte, daß in keinem Beamtenstande eine solche Ungleichheit in der Beförderung herrsche, die u. a. die Thatsache illustrierte, daß eine Lehrerin nach 31jähriger Dienstzeit in Ostpreußen 960 Mark, in Frankfurt a. M. 2066 Mk. erhält. Sie empfahl folgende Forderungen, die auch die Billigung der Versammlung fanden: Alle Grundgehälter der Lehrerinnen, welche unter 77 Proz. vom Lehrergrundgehalt stehen, sind zu erhöhen, alle Grundgehälter, von 700 bis 800 Mark, sind an der Hand der örtlichen Feuerungsverhältnisse dahin zu prüfen, ob dieselben überhaupt eine ausreichende Ernährung ermöglichen. Die Mietsentschädigung ist so zu bemessen, daß sie der Lehrerin die Führung eines eigenen Haushalts ermöglicht, sie darf aber auf keinen Fall niedriger als die des unverheirateten Lehrers sein. Bei Bemessung der einzelnen Alterszulagen und der Gesamtsumme der Alterszulagen ist auf das in den Zahlen des Gesetzes liegende Verhältnis — 80 Proz. der Lehrerzulage — als auf eine angemessene Normierung hinzuweisen. Geht eine Gemeinde bei der Lehrerbeförderung über die Mindestsätze hinaus, so ist zu veranlassen, dies auch bei der Lehrerbeförderung zu thun. Entgegenstehenden Beschlüssen ist die Bestätigung zu versagen. Die großen Ungleichheiten in den Beförderungssätzen: a) der Orte mit gleicher Einwohnerzahl, b) der Orte, welche nahe zusammen liegen, sind auf ihre Berechtigung zu prüfen und eventuell durch Staatszuschüsse zu beseitigen.

In einer zweiten Nachmittagsversammlung wurden die weitergehenden Beförderungsforderungen der Lehrerinnen erörtert, im Anschluß an einen Vortrag von Fräulein Schumann-Halle a. S. über die Frage: Welche gesetzlichen Reformen wären nötig, um die Lehrerinnenbeförderung der Würde des Amtes entsprechend zu gestalten? Die Rednerin vertrat den Standpunkt, daß Lehrer und Lehrerinnen gleiche Pflichten und daher auch Anspruch auf gleiche Beförderung hätten; sie hätten längst aufgehört, bloße Hilfskräfte der Schule zu sein. Angenommen wurden, nicht ohne Widerspruch, folgende Sätze:

Eine Revision des Lehrerinnen-Beförderungsgesetzes ist nachdrücklich anzustreben. Die bisherige Gruppierung der Gehaltsbezüge in Grundgehalt, Alterszulage, Mietsentschädigung soll bleiben. Der Lehrerin wird dasselbe Grundgehalt wie dem Lehrer gewährt. Die Alterszulage darf nicht weniger als 80 Prozent von der des Lehrers betragen. Der Zeitpunkt für Erreichung des Höchstgehalts ist sicher anzusetzen. Die Mindestsätze sind zu erhöhen und zwar das Grundgehalt auf 1350 Mk., die Alterszulage auf 120 Mark. Betreffs der Wohnung sind zu gewähren, auf dem Lande: zwei heizbare Wohnräume, Küche und Nebengelass, in der Stadt die Mittel für die gleichen Räume in einem guten Hause. Die Mietsentschädigung der Lehrerinnen darf nicht unter 75 Proz. von der des verheirateten Lehrers bemessen sein und nie weniger betragen, als die des Unverheirateten. Hat die Lehrerin Angehörige bei sich aufgenommen, zu deren Unterhalt sie gesetzlich verpflichtet ist, so erhält sie die volle Mietsentschädigung des verheirateten Lehrers. Damit die mangelnde Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht weiterhin die Stellung des Lehrers herabdrückt, sind die Schulkassen gleichmäßig zu verteilen und durch ein Schulabgabengesetz zu regeln. Staatszuschüsse sind in ausreichender Höhe für leistungsunfähige Gemeinden zu gewähren. Als Mittel zur Erreichung dieser Forderungen werden angesehen: die Teilnahme des Volksschullehrerstandes, der Lehrer und Lehrerinnen an der Schulverwaltung, das aktive und passive Kommunalwahlrecht für Volksschullehrerinnen, alle Bestrebungen, welche die Einführung der allgemeinen Volksschule vorbereiten.

Deutschland.

Die Uebersiedelung des kaiserlichen Hoflagers vom Neuen Palais nach dem Berliner Schloß war für Freitag, 8. Januar, festgesetzt. Nun ist der Kaiser aber mit den älteren Prinzen, dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise unerwartet schon am Sonntagabend nach Berlin übersiedelt, während die Kaiserin mit den Prinzen Oskar und August Wilhelm vorläufig noch im Neuen Palais verbleibt. Die hohe Frau wird zur Krankenpflege zurückbleiben, denn der 14jährige Prinz Oskar ist an den Malaria erkrankt und muß das Bett hüten. Man befürchtet auch, daß sich diese Krankheit auf den Prinzen August Wilhelm, der am 29. Januar 16 Jahre alt wird, übertragen könnte, weil er mit seinem Bruder in Ploß fortwährend zusammen war, und hat ihn deshalb im Neuen Palais zurückgehalten, während man schmerzlich die übrigen Familienmitglieder, um einer Uebertragung der Krankheit thunlichst vorzubeugen, nach Berlin brachte. Die Krankheit des Prinzen Oskar nimmt einen durchaus normalen Verlauf.

318
Helms I. sind, wie einem die Denkmäler Kaiser Wilhelms des Ersten berichtet wird, bis jetzt in Deutschland errichtet worden, 106 Künstler haben sie gearbeitet.

Der Justizminister Schönstedt und der frühere Staatsminister des Innern Oberpräsident v. Bötticher feierten am Dienstag ihren 70. Geburtstag. Herr v. Bötticher wurde zum Ehrenbürger von Magdeburg und Stralsund ernannt.

Den Reichstag werden für den nächsten Tagungsaum noch neue Aufgaben beschickungen. Die Absicht, noch dem gegenwärtigen Reichstag eine Novelle zum Börsengesetz zugehen zu lassen, scheint aufgegeben zu sein, auch der Entwurf über die kaufmännischen Schiedsgerichte soll nicht mehr vor den Reichstag an das Parlament kommen. Es würden dann eigentlich nur bleiben das von der Kommission bereits fertiggestellte Kinversuchsgesetz und der Entwurf über das Verbot der Verwendung des Weißphosphors in Jüßholzfabrikaten. Außerdem versichert ein parlamentarischer Berichterstatter, daß dieser Reichstag noch einen Handelsvertrag zu erwarten hat.

Durch Verschulden der Ansiedlungskommission soll, wie mehrere Blätter kürzlich meldeten, wieder ein deutsches Gut in polnischen Besitz geraten sein. Es handelt sich um das Rittergut Wierich im Kreise Schwie. Der Danziger Zeitung wird dazu aus Schwie geschrieben:

Wierich, seit 1870 in deutschen Händen und zuletzt Leutnant Junik gehörig, ist in unserer Heide der größte Großgrundbesitz, mit schönem Waldbestand, reicher Fischerei und vorzüglichen Wiesen, umgrenzt von fiskalischem Gebiet. Die angrenzenden Ortschaften Ponsk, Borsje, Lubowitz u. s. w. mit fast nur polnischer Bevölkerung konnten sich nicht ausbreiten. Durch den Uebergang in polnischen Besitz, der zur Hälfte aufgeteilt und an Polen verkauft werden soll, wird nunmehr dem Polonismus Thür und Thor geöffnet. Der Vorbesitzer Leutnant Junik, hat das Gut der Ansiedlungskommission wiederholt vergeblich angeboten und auch die Forstverwaltung hat erfolglos Anstrengungen gemacht, es für den Forstbetrieb zu erwerben, um sich dort einen Stamm sesshafter deutscher Waldbewohner zu schaffen. Auch die vielseitigen Bemühungen des Landrats Grashoff, wie auch die seines Vorgängers, des Landrats Gerlich, vermochten nicht die künftige Ansiedlungskommission zum Ankauf des Gutes zu bewegen.

Das klingt recht merkwürdig. Weshalb hat die Ansiedlungskommission, der doch erst im vergangenen Jahre 250 Millionen Mark zur Verstärkung des Ansiedlungsfonds vom Reichstage bewilligt worden sind, das Gut nicht erworben und es dadurch dem Deutschthum erhalten? Die Ansiedlungskommission thut gut, diesen Sachverhalt baldmöglichst aufzuklären, um das Vertrauen des deutschen Volkes zu ihr nicht erschüttern zu lassen.

Das Reichsgericht hat kürzlich ein wichtiges Erkenntnis über die Haftung der Beamten erlassen, das großes Aufsehen erregt hat. Es handelte sich um eine unrichtige Auskunftserteilung von Zollbeamten. Die Beamten waren zu der Erteilung der Auskunft amtlich nicht verpflichtet, hatten sie aber erteilt und dadurch demjenigen, der sie erbeten hatte, einen Schaden verursacht. Das Reichsgericht kam zu dem Schluß, daß die Beamten persönlich für diesen Schaden aufzukommen hätten; der Beamte sei zwar nicht dazu verpflichtet, Antwort zu geben, aber wenn er solche als amtliche Auskunft gebe, den Fragenden richtig zu bescheiden.

Den Konservativen ist eine schwere Last vom Herzen gefallen, da der Bund der Landwirte es auf der Berliner Versammlung nicht zum Ausbruch kommen ließ und eine Verständigung schnell wieder hergestellt wurde. Die „Kreuzzeitung“ verheißt auch ihre Genehmigung über diesen Friedensschluß nicht; sie schreibt: „Schnelligkeit ist das Beste an der Verständigung; Einsicht und guter Wille haben auf beiden Seiten den Sieg davongetragen, und die Wahlen zum nächsten Reichstag werden hoffentlich die Früchte zeitigen.“

(Ausnahme verweigert.) Dem Grafen Paul v. Hoensbroech ist sein dem Kaiser überreichtes Werk über das Papsttum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit durch das Kultusministerium zurückgegeben. Die Ausnahme somit verweigert worden.

Der Bescheid des preussischen Kriegsministers auf die studentische Anregung, den Austrag von Ehrenkämpfen zwischen Offizieren und Studenten mit der blanken Waffe statt mit der Pistole zu fördern, lautet unter Hinweis auf das gesetzliche Verbot ablehnend, stellt sich aber den Bestrebungen der Studentenschaft im Prinzip wohlwollend gegenüber.

Ein Stöckerprozeß stand in Königsberg zum zweiten Male vor dem ersten Strafkammer beim Landgericht Königsberg zur Verhandlung an. Den Grund zu der Anklage, die sich gegen den sozialdemokratischen Redakteur Gustav Noske in Chemnitz, früher in Königsberg, richtet, hat ein Artikel des Ostpreussischen Landboten gegeben, worin es hieß:

„Wißt Ihr, liebe Leser, wie dieser Stöcker im Reichstage schon hundertmal genannt

ist? Ich habe ihn schon oft gesehen, daß er ein Zeuge vor seinem Eide Dinge behauptet hat, die nicht wahr waren. Ins Juchhaus hat mich der Mann, der damals Hofprediger war, nicht geschickt. Wir möchten nicht unter denselben Umständen, wie Stöcker, von der Wahrheit abweichen.“

Die Beschuldigung des Meineids gegen den vormaligen Hofprediger Stöcker bezog sich auf die bekannte Ewaldsche Angelegenheit. Stöcker soll angeblich in einer Gerichtsverhandlung in Berlin unter seinem Eide bezeugt haben, er habe den bekannten Sozialistenführer Ewald nie persönlich gekannt, während Ewald das Gegenteil behauptet.

Das Gericht beschloß, nach kurzer Verhandlung, die Sache wiederum zu vertragen. Zu der neuen Verhandlung sollen Ewald, der Reichstags-Abgeordnete Tuzauer und vor allem der Hofprediger Stöcker selbst geladen werden, ferner die Akten Witte contra Stöcker und die stenographischen Berichte über die Reichstagsitzungen vom 22. November und 10. Dezember 1880 beigebracht werden. Die Akten des Ermittlungsverfahrens gegen Stöcker, deren Beibringung ebenfalls beantragt war, sind nach einer Auskunft der Staatsanwaltschaft zu Berlin bereits vernichtet.

(Die Kronprinzessin von Sachsen.) Wie das Dresdener Journal meldet, ist der deutsche Konsul in Genf durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes ermächtigt worden, der Kronprinzessin die Klageschrift im Prozesse mit dem Kronprinzen an Ort und Stelle in Genf zuzustellen. Inzwischen ist auch der hiesige Prozeßbevollmächtigte der Kronprinzessin, Justizrat Dr. Emil Körner, nach Genf gereist, um mit dem Advokaten Lachenab, der dem Vernehmen nach die Geschäfte der Kronprinzessin führt, zu verhandeln.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Nachdem Erzherzog Leopold der Presse mitgeteilt hat, daß vier Millionen Gulden aus dem Vermögen Johann Orth's auf der Bank in Zürich deponiert seien, und von Wien aus die Existenz jedes derartigen Vermögens bestritten wird, gab Montag die Direktion der Bank in Zürich folgende Erklärung ab: „Es ist unrichtig, daß bei unserem Institut Gelder Johann Orth's liegen, richtig aber ist, daß bei einem anderen Schweizer Bankinstitut solche Depositionen vorhanden sind, wegen deren Herausgabe sich bereits früher ein Prozeß abgespielt hat.“ — Uebrigens ist aus den verschiedensten Gründen die Annahme des Erzherzogs Leopold, daß Johann Orth noch lebt, eine ganz haltlose Vermutung. Es kann nicht bezweifelt werden, daß Johann Orth mit der gesamten Mannschaft in einem Sturm bei der Umschiffung von Südamerika ertrunken ist.

Serbien.

Die Anwesenheit des Grafen Lambsdorff in Belgrad soll nicht nur der mazedonischen Frage, sondern, wie aus Äußerungen der nächsten Umgebung des russischen Ministers in Wien hervorging, auch der serbischen Thronfolgefrage gegolten haben. Er teilte dem König mit, daß Rußland die Scheidung von Königin Draga wünsche. König Alexander teilte dem russischen Minister seinen Entschluß mit, sich von der Königin Draga scheiden zu lassen und eine neue Ehe einzugehen, über die er sich mit Rußland und dem Wiener Hofe verständigen werde. Königin Draga erhält als Entschädigung für den Verzicht auf ihre Würde von Rußland eine entsprechende Apanage. Sie soll sich mit dem Entschluß des Königs einverstanden erklären und ihren Wunsch, die Scheidungsangelegenheit zu beschleunigen, dadurch kundgegeben haben, daß sie wegen Ankaufs einer Villa in Dresden Verhandlungen anknüpfte.

Afrika.

Aus Marokko treffen für den Sultan günstige Nachrichten ein. In Madrid eingegangene Mitteilungen aus Marokko besagen dem „Reuter'schen Bureau“ zufolge, daß die aufrührerischen Stämme sich dem Sultan unterwerfen und die Beunruhigung sich legt.

Westfalen und Rheinland.

! Camen, den 8. Januar.

Zahl die Handwerker-Rechnungen. Jedemal, wenn das alte Jahr dem neuen Platz macht, müssen, nehmen die Handwerker ihre Geschäftsbücher zur Hand, um Rechnungen auszugeben und sie dann ihrer Kundschaft zu senden. Diese Arbeit wird in der Hoffnung verrichtet, daß jeder Kunde baldigst die ihm zugesandte Rechnung erlegt und das Geld bringt oder sendet. Manchmal werden diese Handwerksmeister in ihren Hoffnungen getäuscht, denn es giebt gar viele Rechnungsempfänger, welche nach Empfang nachlässig die Rechnung weglegen und späterhin sie vergessen. Andere wieder sind beim Empfang schlecht bei Kasse und können mit bestem Willen nicht zahlen. Der Handwerksmeister aber sieht

daheim und wartet auf Geld, denn auch an ihr treten bei Beginn eines Jahres Zahlungsorderungen. Er weiß selbstverständlich nicht, woran das Nichteintreffen des Geldes liegt; als vorläufiger Geschäftsmann traut er sich nicht, zu mahnen, denn diese Mahnung könnte abgelehnt werden, man könnte zu leicht einen Kunden verlieren, und so kommt er in die Lage — trotz dem er so viel Geld ansetzen hat — sich etwas borgen zu müssen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Man sollte doch auf solche Handwerksmeister besondere Rücksicht nehmen und die zugesandten Rechnungen so bald wie möglich erledigen.

! Camen, den 8. Januar.

Der Oberpräsident von Westfalen hat „Grundsätze für die Bewilligung von Preismedaillen an Schüler der gewerblichen Fortbildungsschulen“ veröffentlicht. Schüler an gewerblichen Fortbildungsschulen, die diese drei Jahre lang besucht und sich durch hervorragende Leistungen und mustergiltiges Benehmen ausgezeichnet haben, sollen Medaillen aus Bronze, und solche, die nach dem Urteile des Lehrerkollegiums außergewöhnliche Leistungen aufzuweisen haben, Medaillen aus Silber erhalten. Für den Regierungsbereich Arnsberg werden jährlich 12 silberne und 60 bronzene Medaillen bestimmt. Die Anträge der Lehrerkollegien wegen der auszuzeichnenden Schüler werden durch die Revisoren des Zeichenunterrichts begutachtet und an die Regierung weitergegeben. Wird eine silberne Medaille beantragt, so müssen die während des letzten Schuljahres gefertigten Arbeiten miteingereicht werden.

! Camen, den 8. Januar.

(Erfahrliebt der Post.) Welchen Erlass leistet die Post für beschädigte oder abhanden gekommene Pakete? Diese Frage ist zu beantworten wie folgt: Die Postverwaltung erweist bei gewöhnlichen Paketen im Falle der Beschädigung, des Verlustes oder eines durch verzögerte Beförderung, bezw. Bestellung entstandenen Schadens den wirklich erlittenen Nachteil, höchstens jedoch für ein halb Kilogramm 3 Mk., und zwar wenn durch die verzögerte Beförderung oder Bestellung der Inhalt verdorben ist oder seinen Wert ganz oder teilweise verloren hat. Bei Paketen mit Wertangabe wird der wirklich erlittene Schaden bis zur Höhe des versicherten Betrages ersetzt. Bei Einschreibepaketen erfolgt im Falle einer Beschädigung die Ersatzleistung wie bei gewöhnlichen Paketen, im Falle des gänzlichen Verlustes jedoch ohne Rücksicht auf den Wert der Sendung mit dem festen Betrage von 42 Mk. Wenn aber die Entschädigung nach dem Satze von 3 Mk. für ein halb Kilogramm höher ist, muß diese höhere Entschädigung gezahlt werden, da der eingetretene Verlust dann als der Verlust eines gewöhnlichen Paketes angesehen wird.

! Camen, den 8. Januar.

Strafrechtlich verantwortlich ist der Ehemann für Gesetzesübertretungen seiner Frau. Ein Schmiedemeister aus Emden war vom Schöffengericht auf Grund des Feld- und Forstpolizeigesetzes zu 6 Mk. verurteilt worden, weil er seine Hühner außerhalb seines eingetriebenen Grundbesitzes frei umher laufen lassen. Vor der Strafkammer in Bonn kam die Hühnergeschichte im Berufungsverfahren zur Verhandlung. Der Verteidiger machte geltend, daß die Hühner nicht dem Angeklagten, sondern dessen Frau gehörten, mit der der Angeklagte in Gütertrennung lebe. Man könne also den Mann auch nicht bestrafen. Der Staatsanwalt schloß sich dem Antrage des Verteidigers auf Freisprechung an. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht. Es verwarf die Berufung des Angeklagten mit der Begründung, daß der Ehemann das Recht und die Verpflichtung habe, für die Verwaltung seines Hauses zu sorgen. Wenn er daher die Hühner seiner Frau ohne Aufsicht umherlaufen lasse, so sei er dafür verantwortlich.

! Camen, den 8. Januar.

(Zur Beachtung.) Zur Voricht bei Errichtung von Testamenten wird man gemahnt durch folgende Mitteilung aus Mainz: Der verstorbene Buchbindermeister v. J. hatte bei Lebzeiten sein Testament selbst errichtet und hierzu einen mit „Mainz“ vorgedruckten Geschäftsbogen benutzt. Der Erblasser hatte das Datum nach dem gedruckten Worte ausgefüllt und einen Neffen als Universalerben des nicht unbeträchtlichen Vermögens eingesetzt. Das Testament ist aber, da es nach der geschiedenen Vorschrift von Anfang bis zu Ende eigenhändig geschrieben sein muß, durch das gedruckte Wort „Mainz“ ungültig und mußte daher verworfen werden. Die Erbschaft fällt nun an die sämtlichen hinterbliebenen Verwandten.

abend fand am vergangenen Sonntag im Lokale des Wirtes B. Pfenningsheuer statt. Der Besuch war ein guter und war der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Herr Pastor Einhaus aus Hufen begrüßte die erschienenen Gäste. Der Personenchor trug einige sehr gut eingübte Musikstücke vor. Die Aufführung des Leidens Christi in 52 Lichtbildern wird allen Teilnehmern in steter Erinnerung bleiben. Den Veranstaltungern ist ein großer, gutgehaltener Abend gebührt.

Dieser schönen Unterhaltungsabende gebühret Dank.

Hamm, 5. Jan. In der Meldung der vor. Nummer über den Brand muß es selbstverständ- lich nicht „Dortmunder Union“, sondern „Westfälische Union“ heißen.

Sollingen, 7. Jn. (Todeskurz.) Die etwa 28jährige Tochter des Butterhändlers Weber in der Ufergartenstraße wurde gestern Abend, als sie aus dem Fenster sah, plötzlich vom Schwin- del erfaßt und stürzte auf die Straße. Das Mädchen erlitt so schwere Verletzungen, daß es nach kurzer Zeit starb.

Wetter-Aussichten.

Auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

8. Jan.: Am Mull herum, Nachtfrost, neblig, streichweise Niederschlag.

9. Jan.: Wenig verändert, wolkig, Nieder- schläge.

10. Jan.: Mild winterlich, wolkig, neblig, Niederschläge.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meier i. Camers

Druck u. Verlag von C. May in Storb.

➡ Vom 8. bis zum 14. Januar: ➡

Inventur-Ausverkauf

Restbestände u. zurückgesetzte Waren aus verflossener Saison

werden zu nachstehenden Preisen und nur an den festgesetzten Tagen verkauft:

circa 150 Paar	Handschuhe aller Art	zum Aussuchen	per Paar 10 Pfg.
" 150 "	" " bessere Partie	" "	" " 30 "
" 200 "	Strümpfe aller Art	" "	" " 10 "
" 100 Stück	Gummi-Herren-Gürtel	" "	" Stück 50 "
" 200 "	weiße Herren-Vorhemden	" "	" " 20 "
" 500 "	Schlipse , Wert 75 bis 200 Pfg.	" "	" " 25 "
" 100 "	Frauen-Unterröcke	" "	" " 85 "
" 100 "	" " Belur	" "	" " 1 Mk.
" 200 "	ungebleichte Biber-Damenhemden 110 cm lang.	" "	" " 1 "
" 50 "	reinwollene gestricke Unterjacken	" "	" " 80 Pfg.
" 40 "	Kinder-Pelz-Baretts	" "	" " 30 "
" 20 "	zweischläfer Siamosen- u. Cattun-Bettbezüge m. Kissen	" "	" " 350 "
" 2000 "	Toiletteseifen	" "	" " 3 "

Ferner zum halben reellen Wert:

Restbestände von rein wolleinen Kleiderstoffen, Bettvorlagen, Handtüchern, Schlafdecken, Herren-Westen, Kinderkleidchen, Knabenhosen, seidene Cavaliers, wollene gestricke
 Beinslängen, Trikottailen.

Alle vorstehende Waren sind zur Ansicht separat ausgelegt.

Kein Kaufzwang.

Umtausch obiger Artikel ist nicht gestattet.

F. C. Meermann, Camen.

Tage. Damals, als der Graf Janos mit seiner Gemahlin ausgefahren war, schlich ihr euer in den Garten und raubet das Kind, wahren seine Wärterin unachsam war. Hernach abe

Fragen der Revision des Strafrechts und des Strafprozesses. Diese Fragen sind vom Reichsjustizamt, in dem seit Jahr und Tag ununterbrochen auf diesem Gebiete gearbeitet worden ist, aufgestellt worden nach vorangegangener Verhandlung mit den einzelstaatlichen Justizverwaltungen, insbesondere auch mit der preussischen. Es ist beabsichtigt, zunächst nur das bereits vorhandene Material zu ergänzen durch Anhörung von solchen Persönlichkeiten, die ein Urteil abzugeben durch ihre Stellung und auf Grund ihrer Erfahrungen in der Lage sind. Von in der preussischen Justizverwaltung aktiv thätigen Persönlichkeiten gehört nur der Oberstaatsanwalt Dr. Wachler der in Frage stehenden Kommission an. Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Nieberding, der augenblicklich noch in München weilt, wo er sich einer Augenoperation unterwarf, gedenkt zum Zusammentritt der Kommission wieder hier zu sein und die Eröffnung der Sitzungen selbst vorzunehmen.

— (Die Klosterfrage in Baden.) Der Karlsruher Korrespondent der Münchener Neuesten Nachrichten erzählt von unterrichteter Seite, daß in Beamtentreisen in bestimmter Weise das Gerücht zirkuliere, ein von allen Ministern unterzeichneter Antrag auf Zulassung von Klöstern liege z. B. dem Großherzoge vor.

— (Die Kachener Reliquien.) Wie erinnerlich, hatte die Strafkammer in Breslau den Redakteur der dortigen sozialdemokratischen Volksmacht, Stadtverordneten Bruns, zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt, weil er die Kachener Reliquien-Ausstellung als Unfug bezeichnet hatte. Das Urteil hat Aufsehen erregt und ist besonders von konservativen Blättern in Verteidigung des evangelisch-lutherischen Standpunktes scharf kritisiert worden. Das Reichsgericht hat jüngst auf Revision des Verurteilten das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Breslau zurückverwiesen.

— Der Wackelkampf der Klassen — so schreibt der „Vorw.“ bei der Jahreswende — hat diesem Jahre deutlich seine Zeichen aufgedrückt. Die Färbung des Kampfes „mit geistigen Waffen“ sei längst zu Ende. „Die Gewalt des Sozialismus und die Welt Herrschaft des Proletariats sind keine theoretischen Probleme mehr, sondern praktische Machtfragen.“

— Was wir von den „geistigen Waffen“ zu halten haben, mit denen die Sozialdemokratie zu kämpfen vorgiebt, zeigte sich lebst in mehr als überzeugender Weise in einer sozialdemokratischen Versammlung zu Kottbus, in der Antid das Wort führte. Die „Kottbuser Zeitung“ berichtet hierüber:

Habt ihr in Begleitung Sarolta's den Grafen Bela aufgesucht, um unter Androhung des Verfalls Geld von ihm zu erpressen, das er euch auch gegeben hat. Aus Rache hat er, ehe er starb, euch angegeben!

Die Landstreicher fentten, die Vergeltlichkeit fernerer Zeugnis einsehend, die zottigen Häupter. Grumbach wechselte mit dem Baron und dem Bürgermeister einen Blick der Befriedigung über die gelungene List. Dann sagte er:

„In eurem Besitz, Rica, befinden sich noch Sachen, welche die Abstammung Sarolta's bezeugen! Ihr werdet sie mir einhändigen!“

Die Zigeunerin fuhr auf und sah ihn mit schnell erwachtem Mißtrauen an.

„Sachen? Ich weiß nichts davon! Ich denke, du weisst es genau, weissen Kind sie ist oder sein soll, — weshalb brauchst du da Beweise?“

„Laßt das Zeugnis, — es hilft euch nichts, es verschlimmert eure Sache nur!“ versetzte Grumbach drohend.

„Ich habe nichts und weiß von nichts!“ beharrte Rica verstockt.

Der Freier sah, daß er andere Seiten aufsuchen mußte, wenn er zum Ziele kommen wollte. Darum sagte er milder:

„Es liegt mir nichts an einer Bestrafung. Ich will nur, daß die Tochter des Grafen Janos Bacs in ihr Erbe eingesetzt wird. Es würde sich das auch so ermöglichen lassen, doch könnte darüber längere Zeit vergehen. Darum mache ich euch einen Vorschlag: Ich zahle euch tausend Mark, dafür liefert ihr mir, was ihr an Beweise in euren Händen habt, aus und mögt dann unbeschäftigt eures Weges ziehen, vorausgesetzt, daß ihr die Gegend sogleich verlaßt!“

Die Zigeuner sahen einander mit habgierigen Augen an. Dann sagte Rica zögernd:

„Wie dreitausend Mark, Herr! Sarolta war unsere beste Seiltänzerin, — sie hätte uns viel Geld gebracht! Du mußt uns dafür entschädigen!“

Innerlich über die Unverfrorenheit des brennenden Weibes beunruhigt, sagte der Freier entschieden:

„So will ich zweitausend Mark geben, aber nicht einen Heller mehr! Liefert ihr dafür die Beweise nicht aus, so nehmen wir sie euch mit Gewalt!“

Die Zigeuner wagten keine Widerrede mehr; sie machten Miene, sich zu entfernen, als Grumbach sagte:

„Halt, ich begleite euch! Herr Bürgermeister, Sie geben mir einen Polizeidiener mit?“

„Gewiß, sehr gern!“ erwiderte der Gefragte bereitwillig.

„Das Antid...“
gen allergrößter Art zu begehen, nichts Neues, daß er sich aber dieses Antid-Mutes noch rühmt, übertrifft uns dennoch. So rühmte sich Antid in genannter Versammlung, den ersten Vizepräsidenten des Reichstages, Herrn Grafen Stolberg, bei Gelegenheit der Verweisung Singers von der Reichstags-Tribüne einen vorübergehenden Fallstrick genannt zu haben. In einer Weise, die ihresgleichen sucht, sprach er auch vom Grafen Ballestrem, den er einen ehrlichen Mann nannte, der in der Jesuitenschule großgezogen sei. Daß der Nachsatz deutlich genug verstanden worden ist, bewies das Indianergelächter, das die Versammlung hierbei anstimmte. Wenn wir nicht gleich in unserem ersten Versammlungsbericht von diesen Heiden-Thaten Notiz genommen haben, so geschah es einzig und allein in der Absicht, erst festzustellen, ob wir unsere Ohren trauen dürfen. Jetzt, nachdem wir festgestellt haben, daß Antid That-sächlich in geschickter unerhörter Weise mit der Ehre eines Anderen umgegangen, zögern wir keinen Augenblick länger, die neuesten Bildungsbeweise Antids unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Graf Stolberg und auch Graf Ballestrem werden es hoffentlich nicht gleich der Frau Krupp im „Vorwärts“-Prozess thun, sondern auch einem sozialdemokratischen Abgeordneten beweisen, daß die Ehre eines Dritten, auch für Leute, die ihr Gewerbe in der Verhöhnung der Massen suchen, ein Kränkchen „Mühenmühen“ ist.

Auch wir finden diese Auslassungen Antids so niedrig, daß es kein Wort giebt, die richtig zu kennzeichnen. Glaubt die Sozialdemokratie vielleicht, mit diesen Mitteln den Parlamentarismus wieder hoch zu bringen, dessen Niedergang sie jetzt so oft beklagt?

— Auf die Beschwerden der Zivilmilitär über die Konkurrenz der Militär-militär ist folgender Bescheid des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) an den Präsidenten des Allgemeinen deutschen Militärverbandes, Herrn Ernst Vogel, Berlin, ergangen: „Berlin, 19. Dezember 1902. Der Reichstag hat Ihre Eingabe vom Oktober 1900, betreffend die Konkurrenz der Militärmilitär, mir überwiesen, und zwar bezüglich Aufhebung der den Militärmilitär für ihre militärischen Reisen durch die ermäßigten Eisenbahnfahrtpreise gewährten Vergünstigung zur Berücksichtigung, bezüglich aller anderen Punkte behufs Abstellung der tatsächlichen bestehenden Mißstände zur Erwägung. Demgemäß sind diese Beschlüsse des Reichstages dem Bundesrat vorgelegt worden. Der letztere hat in der Sitzung vom 27. November d. J. beschloffen, der Petition keine Folge zu geben. — Im Auftrage: Caspar.“

„Ihr liefert mir aus, was ihr in Händen habt!“ fuhr er, zu Rica gewandt, fort. „Befriedigt es mich, so erhaltet ihr das Geld sofort!“

Wald waren die Wagen der Landstreicher erreicht, und Grumbach sah sich im An von einem Anführer Zigeunerkind umringt, die bettelnd die Hände hoben. Er schauerte zusammen. In dieser Gesellschaft hatte Sarolta, seine Sarolta, ihre Jugend verbracht, und auch sie war gleich diesen da zum Betteln angehalten worden! Welch Wunder, daß sie sich in solcher Umgebung ihre Herzensreineit zu bewahren vermocht hatte! Denn sie war rein und gut und edel, das lehrte ein Blick in ihre mächtigsten Augen!

Er warf der bettelnden Schar Geld hin und folgte Rica nach ihrem Wagen, in den sie hineinstieg, um das Gewünschte herauszuholen, während Grumbach mit Mayo und dem Polizeidiener draußen stehen blieb und auf die herumlungierenden Zigeunerburken und Zigeunerinnen blickte, von denen mehrere die Spuren roher Schläge aufwiesen. Waren sie etwa derart mißhandelt worden, weil sie Sarolta's Flucht nicht verhindert hatten? Er schauerte heftig zusammen, indem er sich sagte, daß auch Sarolta — seine Sarolta — jahrelang solcher Behandlung ausgegesetzt gewesen war!

Endlich stieg Rica mit einem kleinen Bündel wieder aus dem Wagen.

„Da, Herr, sieh es dir an, ob das nicht dein Geld anholet!“

Grumbach öffnete das in ein verstaubtes Tuch eingehüllte Päckchen und unterwarf es einer flüchtigen Durchsicht. Es enthielt die vollständige Kleidung eines vielleicht dreißigjährigen Mädchens, eine Korallenkette mit einem schlichten, goldenen Medaillon, in welchem sich die Porträts eines Herrn und einer Dame befanden, — die letztere trug in jeder Linie Sarolta's Züge, war also fraglos ihre Mutter, — und ein kleines Notizbuch, mit welchem das Kind wahrscheinlich gespielt hatte, als es geraubt worden war. Dasselbe enthielt den einseitigen Namen „Janos Bacs“ und Aufzeichnungen von seiner Hand, die sich auf geschäftliche Dinge bezogen. Der wichtigste und interessanteste Fund aber war ein von dem Grafen Bela Bacs an Rica Gyura gerichteter Brief, das ungefähr das Datum der Entführungzeit Sarolta's trug, und die Zigeunerin einlud, sich wegen eines Auftrags, den er ihr zu erteilen hätte, an einem näher bezeichneten Orte der Umgebung von Bacsvar einzufinden. Die Landstreicherin hatte, die Wichtigkeit des Briefes in Bezug auf spätere Erpressungen wohl erwägend, denselben sorgfältig aufbewahrt.

„Das genügt mir!“ sagte Grumbach, aufatmend. Dann zog er einige Geldrollen aus der Tasche, mit denen er sich vorförmlich ver-

und Rheinland.

Adel und Industrie.

den 8. Januar.
(Rheinisch-Westfälisches Ziegelfabrikat, Dortmund.) Der Versand pro Monat November betrug nach der „Rh.-Westf. Ztg.“, rund 35 Millionen gegenüber 28 Mill. im November des Vorjahres. Während im Jahre 1901 nur 400 Mill. abgesetzt wurden, betrug das Quantum in diesem Jahre 500 Mill., also doch ein Zeichen, daß sich die Verhältnisse in der Ziegelfabrikation zum wenigsten nicht verschlechtert haben, wenn auch von einer wesentlichen Besserung nicht die Rede sein kann. Die Einschränkung betrug im Vorjahre 43 und im laufenden Jahre 60 Prozent, die Einschränkung im letzten Jahre ca. 110 000 000. In der 13. Weiratsung wurden die Produktionspro 1903 der einzelnen Verbandsvereine, wie folgt festgelegt:

Verbandsvereine	Produktion pro 1903	Einschränkung %	Produktion 1902
Apfelbeck	22000000	55	12100000
Böckmann	13000000	25	9750000
Camden	22000000	75	5500000
Cashop	58000000	60	34800000
Dortmund	151000000	60	90600000
Eisen	128000000	65	83200000
Geislarth	98000000	30	26700000
Hagen	101000000	70	70700000
Hamm	40000000	50	24500000
Herne	51000000	60	30600000
Köln	16000000	90	960000
Münster	28000000	35	9800000
Niederrhein	32000000	50	46000000
Oberrhein	55000000	65	35750000
Schwerte	11000000	60	6600000
Ullrich	16000000	45	7200000
Witten	13000000	50	13000000
Witten	72000000	50	36000000

[110400000] 56,8 [627150000] 476950000

Ferner wurde eine Umlage pro 1903 von 20 Pfg. pro 1000 Steine Produktion bewilligt, welche nach Bedarf in Raten von 3 oder 10 Pfg. eingezogen werden soll.

Dortmunder Union. Von unterrichteter Seite wird der „Rh.-Westf. Ztg.“ geschrieben, daß das Unternehmen in seinem Hüttenbetriebe in all. Branchen auf mehrere Monate voll beschäftigt ist. Wenngleich die Preise im allgemeinen noch gedrückt sind, so sind sie doch lebstin etwas besser geworden, und es darf daher die Gesamtlage des Hüttenbetriebes als sehr zufriedenstellend bezeichnet werden. Dasselbe ist vom Bergbaubetriebe zu sagen. Es ist nicht nur auf allen Gruben eine steigende Förderung zu verzeichnen, sondern es wurden auf denselben auch neue gute Aufschüsse gemacht. Dies trifft insbesondere auf Beche Borsenmann zu, bei der die Förderung sich in stetiger Weise entwickelt und bereits 1000 Tonnen übersteigt. Die dort früher bestehende Wasser-gefahr ist durch den Einbau von Pumpen mit einer die Wasserzufflässe um das dreifache über-

steigenden Leistungsfähigkeit beseitigt und die Beche gegen dieselbe voll geschützt. Auf Grund der bekannten letzten finanziellen Transaktion ist auch die Gelblage des Unternehmens wesentlich gebessert und als befriedigend zu bezeichnen.

Dortmunder Handelsbank. Wie wir aus verlässiger Erfahrung, schreibt die „Rh.-Westf. Ztg.“, sind seit Weihnachten ca. 100 000 M. Wechsel der Bank unter Protest zurückgegangen. — Die Geldknappheit bei der Bank muß recht groß sein, was übrigens nicht überraschen kann, wenn man sich die von uns schon mehrfach angezeigte Kreditwürdigkeit der Debitoren etwas genauer betrachtet. Von einer Seite, die die Lage der Bank ziemlich pessimistisch beurteilt, wird uns geschrieben, daß die in der Bilanz vom 28. Nov. figurierenden Debitoren in Höhe v. 2 277 930 M. nur mit 460 698 M. einbringlich mit 293 370 M. zweifelhafte, dagegen mit 1 523 861 M. wertlos sind. — Unter Berücksichtigung der Quelle, aus der wir schöpfen, ist ja nun wohl anzunehmen, daß die „einbringlichen“ Forderungen auch thatsächlich sicher sind, während von den „zweifelhafte“ auch wohl noch ca. die Hälfte eingehen wird. Die Debitoren wären also immerhin mit 1/2 als gut zu bewerten und, wie wir schon früher betonten, ließe sich der Konkurs dann immer noch vermeiden. Ob es nicht doch besser wäre, wenn es zum Konkurs käme, ist allerdings eine andere Frage. — Es wäre zu wünschen, wir wiederholen dies nochmals, wenn die Verwaltung der Bank bezw. die Finanzgruppe, die die Lage der Bank f. B. geprüft hat, sich öffentlich über die Bonität der Debitoren äußern wollte, damit man endlich Klar in der Sache sieht.

Dortmund, 5. Jan. In der Mittelfeldischen Wirtschaft ereignete sich eine Gasexplosion, durch welche drei Personen erheblich verletzt wurden. Die Explosion hatte der Monteur Wilhelm Hagen von hier verschuldet, der leichtsinniger Weise einen Gasarm aus der Wand gerissen hatte, durch den das Gas ausgetreten war. Die Strafkammer verurteilte Hagen zu neun Monaten Gefängnis.

Dortmund, 5. Jan. Der 21jährige Maler August Hoffmeister, der in den Sozialblättern bekannt gemacht hatte, er sei infolge, alle verurteilten Leiden sicher zu heilen, wurde vom Schöffengericht wegen unzulässigen Wettbewerbs zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Mülheim a. d. R., 5. Jan. Hier erschoss sich der im Kontor der Firma Mülheimer Wollensfabrik beschäftigte, aus Sterkrade gebürtige Wilhelm Portmann.

Druck und Verlag von G. May in Hord. Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer i. Camen.

sehen. „Hier das Geld, das ich euch versprochen. Nun brecht aber schleunigst auf und verlaßt diese Gegend!“

„Und Sarolta, Herr?“ fragte die Zigeunerin lauernd. „Darf ich sie nicht wenigstens noch einmal sehen, mich von ihr verabschieden?“

„Ja, Herr, auch ich möchte ihr Lebewohl sagen!“ sagte Mayo finster. „Ich lehnte sie alles, was sie kann!“

„Um keinen Preis!“ versetzte Grumbach streng. „Da habt ihr die ausgemachte Summe, und nun fort mit euch, sonst bekommt ihr es mit der Polizei zu thun!“

„Heute abend müßt ihr das Gebiet der Stadt verlassen haben!“ sagte der Polizeidiener streng hinzu.

Die Zigeuner erwiderten nichts, aber die Blicke, die sie den sich Entfernenden nachsandten, verhiessen nichts Gutes.

Als der Freiherr und der Baron, nachdem sie sich von dem Bürgermeister verabschiedet hatten, den Wagen bestiegen und davonfuhren, bemerkten sie nicht, daß ein schnelliger Zigeunertrabe ihnen in weiten Sprüngen folgte. Sie sahen es auch nicht, daß er, als sie den Ort im Rücken hatten, einen Augenblick benutzte, in welchem die Pferde langsam gingen, und sich gefällig auf das Brett schwang, das für gewöhnlich die Reisetasche aufnahm.

Nachdem unterhielten sie sich über die gelungene Wüstfälschung der Zigeuner, die auf Grund der Kombinationen des Freiherrn erfolgt war. So war es dem Lanier möglichst jedes Wort zu verstehen. Als die Kutsche sich der Einfahrt des Jagdschlösses näherte, sprang er geschickt ab und verschwand, um die Umgebung einer genauen Inspektion zu unterwerfen.

Kaum daß sie abgestiegen waren, tief ihnen Sarolta entgegen.

„Nun?“ rief sie schon von weitem. „Wie steht's?“

„Lassen Sie uns erst hineingehen, Komtesse“, erwiderte Grumbach scherzend, „dann sollen Sie näheres erfahren!“

„Komtesse? Und Sie? Ah, ich verstehe, Freiherr von Grumbach, und will mich so lange gebulben!“ sprach Sarolta mit komischem Ernst und schritt, Grumbach's Arm ergreifend, an seiner Seite ins Haus.

Auch Else war herzugekommen. Grumbach erstattete nun ausführlichen Bericht, zeigte die ihm von Rica ausgehändigten Beweise vor und schloß mit den Worten:

„Es unterliegt also keinem Zweifel: — du bist die Tochter des Grafen Janos Bacs, Sarolta, und wir werden schleunigst Schritte thun, daß du in deine Rechte eingesetzt wirst und dein nichtswürdiger Verwandter bestraft werde!“

Sarolta hatte schweigend zugehört und

den Freiherrn unverwandelt betrachtet. Als er geendet hatte, sagte sie:

„Und diese Sachen hier hat dir Rica so ohne weiteres ausgeliefert? Gesehe es, Ernst, du hast sie ihr abgekauft, sonst hättest du sie nicht bekommen, — dafür kenne ich sie genau! Wieviel hast du dafür zahlen müssen?“

„Aber das ist doch nebensächlich!“ versetzte Grumbach verlegen.

„Nein, ich will es wissen! Sag's!“ trotzte Sarolta, ihn mit ihren Augen anblickend.

„Bettelst du?“ brummte der Baron, halb komisch, halb ärgerlich.

Else lächelte eigenförmlich.

„Nun denn,“ gestand Grumbach, dem energischen Wunsche seiner kleinen Tyrannin gehorchend, die — er fühlte es in diesem Augenblick — im Stande war, ihn um den Finger zu wickeln, „zweitausend Mark!“

„So viel hast du für mich ausgegeben, Ernst, du guter, lieber Ernst?“ rief sie, voll naiven Erstaunens die Hände hehend. „Das ist ja himmlisch, da mußt ich dir doch viel, viel wert sein! Aber weisst du auch etwas Neues? Damit hast du mich gekauft und nun bin ich deine Sklavin! Deine Sklavin, Ernst — und du bist mein Herr!“

Und mit dem ganzen Ungeßüm ihres heißblütigen Naturells fiel sie dem verblüht dastehenden Freiherrn um den Hals und küßte ihn wiederholt.

Dann eilte sie, wie über sich selbst erschrocken, dunkel erglühend hinaus. Das leibenschäftliche, temperamentvolle Naturell war sich mit einem Schlage seiner Liebe bewußt geworden, — das Kind war zur Jungfrau gereift, zum züchtigen, verschämten Weibe.

(Fortsetzung folgt.)

— Erste das ganze Jahr hindurch.

Während des ganzen Jahres wird in irgend einem Winkel unserer Erde geerntet. „Im Januar“, sagt die „Liverpooler Post“, „schneidet die Rußländer und Argentinier ihren Weizen, im Februar und März die Westindier und Ägypter. Im April steht die Ernte in Ostern, Kleinasien, Persien und Rußland in voller Pracht; im Mai kommt die Reihe an China und Japan, während Juni und Juli die Erntemonate für Südamerika und Südamerika sind. Im August erscheinen die Schnitter auf den Feldern Großbritanniens und im September und Oktober erntet die Senf in Schweden und Norwegen. In Peru und Südafrika reist das Korn im November, und so würde sich der Ring schließen, wenn nicht der Dezember einen Strich durch die Rechnung machte, wenigstens weiß die „Liverpooler Post“ nichts über ihn zu berichten.“